

Gesamtstudienkommission für die Studienrichtung "Deutsche Philologie" der österreichischen Germanistik Institute

Deutsch als Fremdsprache in Österreich: Ein österreichisches Schicksal? Dokumentation einer Verhinderung¹⁾

1. Was ist "Deutsch als Fremdsprache"?

Unter "Deutsch als Fremdsprache" ist zweierlei zu verstehen:

1. Die Vermittlung des Deutschen an nichtdeutschsprachige Lerner, d.h., die Erteilung von Fremdsprachenunterricht an Personen, die Deutsch noch nicht oder nicht ausreichend können.

Dieser Unterricht ist z.B. mit jenem des Englisch- oder Französischunterrichts an österreichischen Schulen vergleichbar. Eine andere Form ist der Unterricht "Deutsch als Zweitsprache", der sich mit der schwierigen Frage der Deutschvermittlung an sog. Gastarbeiter bzw. deren Kinder beschäftigt und eine eigene Didaktik und Methodik erfordert.

2. Weiters ist darunter das gesamte Fachgebiet "Deutsch als Fremdsprache" zu verstehen, d.h. die Lehrerausbildung und die dazu notwendige Forschung an den Universitäten und Pädagogischen Akademien, wo das Fachgebiet auch unter der Bezeichnung "Ausländerpädagogik" geführt wird. Eine eigene Ausbildung und eine entsprechende Forschung ist notwendig - das sei vorausgeschickt -, da es sich bei DaF

um einen Fremdsprachenunterricht handelt, der beim Lehrer eigene Kenntnisse erfordert, die im herkömmlichen Germanistikstudium nicht vermittelt werden.

2. Kleines Kalendarium der Verhinderung und Behinderung von DaF in Österreich seit 1980

Die folgende Aufstellung soll einen Überblick über die bisher gescheiterten Bemühungen zur Etablierung des Faches DaF in Österreich geben und zeigen, daß es sich hier um keine sachlich begründete, sondern um eine offensichtlich politisch motivierte Verhinderung handelt, deren Gründe und Motive bisher unklar sind.

10.12.1981: Das Institut für Germanistik der Karl-Franzens-Universität Graz stellt an das Wissenschaftsministerium (WM) erstmals einen Antrag auf Einrichtung eines "Studienversuchs Deutsch als Fremdsprache".

22 Studenten suchen nach der damaligen Gesetzeslage um ein sog. "studium irregulare" unter dem gleichen Titel an und bekunden damit ihren Wunsch nach einer solchen Ausbildung. Entsprechend den damaligen Gesetzesbestimmungen konnte ein Studienversuch eingerichtet werden, wenn mindestens 10 Studenten ein studium irregulare mit demselben Studienvorschlag beantragen.

11.5.1982: Ablehnung des Antrags durch das WM (gezeichnet durch Dr. Drischel).

Als Gründe für die Ablehnung werden angegeben:

a) Die Bezeichnung "Deutsch als Fremdsprache" entspreche nicht "dem tatsächlichen Inhalt des beabsichtigten Programms", weil diese "vielmehr auf Studierende schließen [läßt], die eine andere als die deutsche Sprache als Mutter- oder Bildungssprache haben." 2)

1) Zusammengestellt von R. Muhr im Auftrag der "Gesamtstudienkommission für die Studienrichtung "Deutsche Philologie" unter Einbezug der Formulierungen, die von den Studienkommissionen an den einzelnen Universitäten eingebracht wurden.

2) Eine solche Formulierung läßt den Schluß zu, daß man damals im Ministerium entweder nicht wußte oder

b) "Das rechtliche, organisatorische und inhaltliche Konzept ist nicht klar erkennbar." 3)

c) "... der Bedarf für Absolventen eines derartigen Studiums [ist] noch nicht nachgewiesen." 4)

Abschließend wurde die Einrichtung eines Hochschulkurses bzw. eines Hochschullehrgangs vorgeschlagen, der jedoch von den Studenten selbst zu finanzieren gewesen wäre.

Frühjahr 1984: Der Universität Klagenfurt wird mitgeteilt, daß die Lektorentagungen nicht mehr stattfinden werden. Veranlaßt von der Abt VII des WM (MR Huber). Grund: Proteste der Lektoren wegen der schlechten Unterstützung ihrer Arbeit durch die zuständige Abteilung im WM unter MR Huber.

29.6.1984: Das Institut für Germanistik der Karl-Franzens-Universität Graz stellt nochmals den Antrag auf Einrichtung eines Studienversuchs "Deutsch als Fremdsprache". Dem Antrag liegt eine 10-seitige Begründung und Dokumentation bei.

7.11.1984: Abermalige Ablehnung des Antrags auf Einrichtung eines Studienversuchs "Deutsch als Fremdsprache" (gezeichnet von Dr. Hartl)

nicht wissen wollte, daß "Deutsch als Fremdsprache" auch an Österreicher vermittelt werden kann, allerdings in Form einer Lehrerausbildung. (Vgl. dazu Pkt. 1).

3) In Wirklichkeit war eine genaue Beschreibung des Studiums erfolgt und auch die Studenten, die um das Studium ansuchten, hatten einen ungefähren Studienplan formuliert.

4) Tatsache ist aber, daß der Bedarf ausführlich dokumentiert worden war und dem Ansuchen außerdem die von den österreichischen Auslandslektoren am 3. Lektorentag in Klagenfurt verabschiedete Resolution beigelegt war, die eine bessere Ausbildung und bessere Unterstützung der Lektoren bzw. den Aufbau eines Fachgebiets DaF forderte. Für die Auslandslektoren zuständig: MR Huber (WM).

Als Gründe sind diesmal angegeben:

a) "...ein geringer Bedarf an Absolventen dieses Studienversuchs zu erwarten ist..."

Diese Behauptung wurde nicht näher erläutert. 5)

b) "...erhebliche zusätzliche Kosten..." 6)

c) "...nicht alle anderen gesetzlichen Möglichkeiten der individuellen Gestaltung des Studiums ... ausgeschöpft wurden." 7) 8)

5) Dem steht die Tatsache gegenüber, daß ausreichend Bedarf vorhanden war/ist und es sich bei DaF darüber hinaus um ein Sachgebiet handelt, das kultur- und wissenschaftspolitisch von grundsätzlicher Wichtigkeit ist. (Zum Bedarf vgl. Pkt. 3.8 dieser Dokumentation).

6) Dem damaligen Antrag lag keine Kostenberechnung bei, doch wären diese nach dem heutigen Stand (April 1989) bei ca. S 250.000,- pro Studienjahr gelegen. Eine vergleichsweise geringe Summe, wenn man bedenkt, daß ein arbeitsloser Deutschlehrer pro Jahr direkte und indirekte Kosten von S 140.000,- verursacht. (Zahlen laut Auskunft des statistischen Zentralamtes von Juni 1988). Der Schaden, der durch das Fehlen einer entsprechenden Aus- und Vorbildung von Lektoren und Sprachlehrern möglicherweise entsteht, ist jedoch nicht bezifferbar.

7) Hier wurde darauf angespielt, daß im Rahmen des Diplomstudiums "Deutsche Philologie" die damals neu geschaffene Möglichkeit besteht, im 2. Studienabschnitt bis zur Hälfte der Studienfächer gegen Fächer eines sog. "Studienschwerpunkts" auszutauschen. Allerdings nur im Rahmen des Diplomstudiums. Die Absolventen eines solchen Studiums hätten jedoch keine Lehramtsprüfung und könnten daher an keiner österreichischen (und wohl auch an keiner ausländischen) Schule unterrichten. Ihre Arbeitsmöglichkeiten sind daher von vornherein äußerst eingeschränkt. Wollte ein Lehramtsstudent diese Möglichkeit in Anspruch nehmen, hätte dies ein Doppelstudium mit enormem bürokratischem Aufwand und einer Reihe von rechtlichen Unsicherheiten zur Folge. Die vorgeschlagene Lösung ist daher nicht praktikabel. In Innsbruck gibt es einen solchen Studienschwerpunkt seit 1986. Seine Einrichtung ist vor der Hintergrund der allgemeinen Misere von DaF in Österreich anerkennenswert, da damit immerhin die Durchführung einiger Lehrveranstaltungen zum Thema und damit eine ansatzweise Ausbildung möglich ist.

8) Diese Variante wurde 1986/1987 auch in der Gesamtstudienkommission diskutiert, jedoch nach eingehender Diskussion aus den oben genannten Gründen schließlich verworfen.

d) Weiters wird "auf die bereits ausgearbeiteten Grundlagen für einen österreichischen Fernstudienlehrgang "Deutsch als Fremdsprache" im Rahmen des interuniversitären Forschungsinstitutes für Fernstudien verwiesen..."⁹⁾

7.4.1986: Die Gesamtstudienkommission "Deutsche Philologie" - als höchstes Gremium aller Germanistikinstitute Österreichs - trifft sich zur ersten von bisher insgesamt 8 Sitzungen zum Thema "Deutsch als Fremdsprache-Lehrerausbildung". Es geht um eine gemeinsame Vorgangsweise und die Einrichtung der Ausbildung an allen Germanistikinstituten.

23.4.1987: Die Gesamtstudienkommission beschließt in ihrer 5. Sitzung die Einrichtung eines "Aufbaustudiums Deutsch als Fremdsprache-Lehrerausbildung" zu beantragen. Dieses sollte auf den ersten Studienabschnitt eines philologischen Faches aufbauen oder als sog. "post graduate Studium" organisiert sein.

3.7.1987: Die Gesamtstudienkommission beschließt in ihrer 6. Sitzung die Studienordnung und die Prüfungsfächer der künftigen DaF-Ausbildung. Damit ist der Gesamtrahmen gegeben. Vorgesehen ist ein 4-semestriges Aufbaustudium mit einem Stundenrahmen von 18-28 Stunden und folgenden Prüfungsfächern:

a) Methodik und Didaktik Deutsch als Fremdsprache **b)** Landes- und Kulturkunde der deutschsprachi-

gen Länder mit besonderer Berücksichtigung Österreichs und Interkulturelles Lernen **c)** Literatur im Unterricht DaF **d)** Deutsche Sprache mit besonderer Berücksichtigung der Gegenwartssprache (einschließlich Sprech-erziehung).

Das Problem der Ausbildung von Hauptschullehrern für den Unterricht "Deutsch als Zweitsprache" wurde vorerst ausgeklammert, da es nicht möglich war, einen zuständigen Gesprächspartner auf seiten der PÄDAKs bzw. des Unterrichtsministeriums zu finden. Das Problem wurde jedoch besprochen.

Frühjahr 1987: Der Universität Klagenfurt wird mitgeteilt, daß keine weiteren Lektorentagungen stattfinden werden. Der Grund dafür sind Meinungsverschiedenheiten über die Durchführungsmodalitäten. Stattdessen sollten "vor Ort" länderspezifische Fortbildungstagungen stattfinden. Bisher hat man davon noch nicht viel gehört. Die Lektoren verfassen daraufhin eine Protestresolution, die aber ungehört verschallt.

15.3.1988: Das WM fragt per Schreiben an, ob "in Hinblick auf die budgetäre Situation ... nicht anstelle des beantragten Aufbaustudiums die Einrichtung eines Hochschullehrgangs ... durchführbar wäre." Gleichzeitig verläutet aus dem WM, daß die Kosten (für das Aufbaustudium) zu hoch seien; (obwohl dort keine Kostenberechnung gemacht worden war).

5.7.1988: Die Gesamtstudienkommission lehnt den Vorschlag des WM unter Hinweis auf die in ihrem Auftrag erstellte Kostenberechnung und die unakzeptabel hohen Kosten der Ausbildung von mehr als S 10.000,-/pro Semester und Student ab (vgl. dazu Pkt. 4 dieser Dokumentation). Außerdem wird darauf verwiesen, daß Hochschullehrgänge über kein eigenes Personal verfügen und dadurch die so wichtige begleitende Forschung nicht oder nur in sehr eingeschränktem Ausmaß erfolgen kann, was die Qualität der Ausbil-

⁹⁾ Dieses Institut befindet sich in Klagenfurt. Der besagte Fernstudienlehrgang ist bis heute (April 1989) nicht verwirklicht worden! Das verwundert nicht, denn eigentlich besteht dafür laut Begründung des WM unter Pkt. a) "kein ausreichender Bedarf an Absolventen von Deutsch als Fremdsprache". Außerdem ist für die Durchführung eines solchen Fernstudienlehrgangs ein ganzes Team von Betreuern notwendig, das mindestens ebensoviel, wenn nicht mehr kostet, als ein ganzer Studiengang. Und schließlich entfällt die begleitende Forschung. Außerdem gibt es Schwierigkeiten bei der Vermittlung der erforderlichen Unterrichtspraxis.

dung senkt und das Schritthalten auf dem Forschungsgebiet der Sprachdidaktik so gut wie unmöglich macht. Zugleich werden nocheinmal eine genaue Erläuterung des Bedarfs und weitere Gründe für die Notwendigkeit der Ausbildung an das WM übermittelt.

26.2.1988: Die Entwicklungshilfeabteilung des Außenministeriums beauftragt das Institut für Germanistik der Karl-Franzens-Universität Graz per Schreiben mit der Durchführung eines Sommerkurses "Lehrerfortbildung für Lehrer aus der Dritten Welt". An dem Kurs sollten 15 Lehrer und vor allem Funktionsträger in den Schulsystemen (Inspektoren, Lehrerausbildner etc.) teilnehmen. Ziel des Kurses ist es, die Deutschkenntnisse in der Dritten Welt zu fördern, den Teilnehmern im Bereich der Didaktik/Methodik DaF Fortbildung zu vermitteln und den Teilnehmern die Möglichkeit zum Kennenlernen Österreichs bzw. zur Entwicklung von Kontakten geben. Der Kurs sollte 6 Wochen dauern und ein Pilotprojekt für 1989 anlässlich des IX. Internationalen Deutschlehrerkongresses in Wien sein, zu dem 30 Teilnehmer eingeladen werden sollten.

11.5.1988: Das Außenministerium teilt mit, daß es die Bewilligung des Sommerkurses zurückzieht, da das Wissenschaftsministerium gegen die Durchführung des Kurses Einwände erhoben habe, da "die Durchführung von Stipendien für Germanisten (!) in seinen Wirkungsbereich falle" und zuwenig Anmeldungen vorlägen. Interveniert wurde von der Abt. VII im WM - MR Huber. Tatsächlich waren innerhalb von 3 Wochen 14 Anmeldungen eingelangt. Der Österreichische Auslandsstudentendienst als formaler Projektträger sagte den Kurs ab, ohne das Institut für Germanistik Graz vorher zu informieren und ohne dazu das Recht zu haben, da das Institut ja die Arbeitsverträge abgeschlossen hatte. Außerdem wurden den angemeldeten Teilnehmern falsche Begründungen (zuwenig Anmeldungen) mitgeteilt. Damit waren Arbeitsverträge von mehr

15 Mitarbeitern hinfällig - ein klarer Vertragsbruch!

5.6.1988: Das Institut für Germanistik der Universität Graz stellt an das WM den Antrag auf Übernahme der Kosten des Sommerkurses von ÖS 650.000,-, da es ja die Vergabe dieser Stipendien beansprucht hatte. Der Kurs sollte am 11.Juli beginnen und am 15.August enden.

25.8.1988: Das WM teilt mit, daß es natürlich nicht die Kosten für den Kurs übernehmen kann und außerdem kein Bedarf für solche Kurse besteht!

Oktober 1988: Das WM streicht sämtliche remunerten Lehrveranstaltungen "Deutsch für Ausländer" (16 SWStd) an der Universität Klagenfurt. Damit ist in Klagenfurt keine Deutsch-Ausbildung für ausländische Studenten möglich.¹⁰⁾

November 1988: Die Generalsekretärin des IX. Internationalen Deutschlehrerkongresses (IDT) Wien (1989) Mag. Ortner sieht sich gegenüber dem Vorstand des Internationalen Deutschlehrerverbands genötigt, die Zusage Österreichs auf Vergabe von 30 Stipendien an Kongreß- und Kursteilnehmer aus Dritten Welt zum Besuch des Kongresses zurückzuziehen. Grund: Intervention durch das WM und Absage des Kurses durch das Außenministerium vom Frühjahr desselben Jahres. (Siehe weiter oben die Ausführungen zum Lehrerfortbildungskurs in Graz).

9.1.1989: Ablehnung des Antrags auf Einrichtung des Aufbaustudiums durch das WM.

Es werden eine Reihe von Gründen angeführt, die entweder Wiederholungen von schon zuvor geäußerten Positionen sind bzw. von der Gesamtstudienkommission als nicht

¹⁰⁾ Mittlerweile gibt es in Klagenfurt wieder Sprachkurse "Deutsch für Ausländer", jedoch auf organisatorisch anderer Basis.

stichhältig angesehen werden. (Ausführlich dazu weiter unten S. 6).

7.2.1989: Die Gesamtstudienkommission faßt einen Beharrungsbeschluß gegen den Entsch. des WM vom 9.1.89 und behält sich weitere Schritte vor. Als Antwort wird eine Stellungnahme verfaßt, die weiter unten abgedruckt ist.

7.4.1989: Eine Delegation der Gesamtstudienkommission spricht im Parlament bei den Wissenschaftssprechern vor. Zuvor war ein 6-seitiges Positionspapier übermittelt worden, das alle Argumente zusammenfaßt.¹¹⁾ Die Delegation stößt auf Verständnis, doch wird ihr mitgeteilt, sie solle zuerst den "Bedarf" erheben. Und das, obwohl mehrfach darauf hingewiesen worden war, daß es sich in diesem Fall nicht primär um eine Bedarfsfrage, sondern überhaupt um eine wissenschafts- und kulturpolitische Grundsatzfrage handle. Umsonst.

Ende März 1989: Den Universitäten Salzburg und Innsbruck wird mitgeteilt, daß sämtliche Sprachlehrveranstaltungen für ausländische Studenten, die unter dem Titel "Lehrveranstaltungen für Hörer aller Fakultäten" ablaufen, gestrichen werden.¹²⁾ In Salzburg sind das 44 Semesterwochenstunden und in Innsbruck ca. 18. Diese Maßnahmen machen es einem ausländischen Studenten an den genannten Universitäten unmöglich, die für sein Studium notwendigen Deutschkenntnisse unter vertretbaren finanziellen und organisatorischen Bedingungen zu erwerben. Ein Studium nichtdeutschsprachiger Ausländer an diesen Un-

11) Entspricht im wesentlichen Pkt. 3ff dieser Dokumentation.

12) Eine "remunerierte" Lehrveranstaltung wird aus den Mitteln des Wissenschaftsministeriums bezahlt, eine "nicht-remunerierte" LV aus dem unmittelbaren Budget der jeweiligen Universität. Der erste Unterschied besteht in der Höhe der Bezahlung, der zweite im rechtlichen Status. Remunerierte LV werden um ca. 60% höher bezahlt, als nicht-remunerierte und haben darüber hinaus eine Definition hinsichtlich ihres Status im Rahmen der Lehre (tituliert als lit. a, lit. b, lit. c).

iversitäten wird damit nicht bloß erschwert, sondern praktisch unmöglich. Da an diese Universitäten Stipendiaten der Republik Österreich entsandt werden, hieße das, daß die Republik es den eigenen Stipendiaten unmöglich macht, das Stipendium im intendierten Sinn zu nutzen.¹³⁾

26.4.1989: Das WM nimmt den Erlaß auf Abschaffung der Sprachlehrveranstaltungen DaF in Innsbruck und Salzburg für ein Jahr zurück, nachdem 200 ausländische Studenten einen Sitzstreik vor der Universität durchgeführt hatten und eine direkte Intervention des Dekane der Geisteswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten Innsbruck und Salzburg beim WM erfolgt war. Was danach passiert, ist nicht bekannt.

**Stellungnahme der
Gesamtstudienkommission
"Deutsche Philologie"
zur Ablehnung des
Antrags auf Einrichtung
eines Aufbaustudiums
Deutsch als Fremdsprache - Lehrerausbildung**

Die Gesamtstudienkommission beharrt auf ihrem Beschluß auf Einrichtung des Aufbaustudiums und begründet diesen Beharrungsbeschluß wie folgt:

Das BM f. Wissenschaft und Forschung tritt für die Einrichtung eines Hochschullehrgangs anstatt des beantragten Aufbaustudiums ein und führt diesbezüglich eine Reihe von Argumenten an, die beweisen sollen, daß der Hochschullehrgang die geeignetere Studienform sei.

13) Eine der Folgen wäre wohl auch eine gewisse Provinzialisierung der betroffenen Universitäten, da sie künftig von allen nichtdeutschsprachigen Studierwilligen/Forschern gemieden würden. Englisch als Mittlersprache ist im rein deutschsprachigen Kontext kein adäquater Ersatz für entsprechende Deutschkenntnisse.

1. Es wird argumentiert, daß "ein Aufbaustudium ... gerade jene Zielgruppe unter den Lehrern [= die Pflichtschullehrer], die die Qualifikationen besonders nötig haben, ausschließen [würde], da sich dieses hauptsächlich an Absolventen von Lehramtsstudien richte[t]... Ein Hochschullehrgang könnte aber für Lehrer aller Schultypen angeboten werden und wären (sic!) darüber hinaus die bereits im Beruf stehenden Lehrer leichter zu motivieren."

1a) Diese Argumente sind nach Meinung der Gesamtstudienkommission unzutreffend und Behauptungen wider besseren Wissens, da seitens einzelner Mitglieder der Gesamtstudienkommission in mehreren Gesprächen mit den zuständigen Sachbearbeitern des Bundesministeriums immer wieder betont wurde, daß für die DaF-Ausbildung der Pflichtschullehrer die Absprache mit dem Unterrichtsministerium notwendig ist und dies bis zum Zeitpunkt der Beschlußfassung nicht möglich war bzw. kein Zugang zu den zuständigen Stellen im Unterrichtsministerium gefunden werden konnte. Wenn nun die scheinbare Nichtberücksichtigung der DaF-Ausbildung der Pflichtschullehrer zum Hauptargument wird, bleiben die Hinweise aus diesen Gesprächen und die Bitte unberücksichtigt, bei Unklarheiten oder eventuell notwendigen Modifikationen beim Kommissionsvorsitzenden zurückzufragen.

1b) Hinzu kommt, daß in diesen Gesprächen auch immer wieder darauf hingewiesen wurde, daß die Pflichtschullehrerausbildung nur in Zusammenarbeit mit den Pädagogischen Akademien erfolgen kann, da dort bereits ein Freifach "Ausländerpädagogik" existiert und dieses in die Überlegungen einbezogen werden muß. Die Gesamtstudienkommission war sich dieses Problems sehr wohl bewußt,

war aber der Meinung, daß das BM f. Wissenschaft und Forschung möglicherweise selbst entsprechende Schritte ergreifen würde, wo sich doch die zuständigen Abteilungen der beiden Ministerien im selben Gebäude befinden.

1c) Eine Kombination der beiden Ausbildungsformen wäre - ganz im Sinne des BM f. Wissenschaft und Forschung - gut vorstellbar gewesen, wenn parallel zum Aufbaustudium ein (kostenloser) Hochschullehrgang eingerichtet worden wäre, der es ermöglicht hätte, den Pflichtschullehrern genau dieselbe linguistische und sprachdidaktische Grundausbildung zu vermitteln wie den Studierenden und Absolventen der universitären Lehramtsstudien. Damit wäre ein erster und sinnvoller Schritt in Richtung der Vereinheitlichung der Lehrerausbildung gemacht worden und gewährleistet gewesen, daß die Unterrichtspraxis aller DaF-Lehrer auf demselben fundierten Wissen basiert. Voraussetzung dazu ist aber, daß ein entsprechend qualifiziertes und regelmäßiges Lehrveranstaltungsangebot existiert, das räumlich vom Zufall der Teilnehmerzahl und deren Beiträgen abhängt, da ein Hochschullehrgang ja kostenpflichtig ist.

1d) Aufgrund der Kostenpflichtigkeit des Hochschullehrgangs ist darüber hinaus nicht einsichtig, warum das BM. f. Wissenschaft und Forschung die Meinung vertritt, daß "bereits im Beruf stehende Lehrer leichter zu motivieren wären", da diese Lehrer schließlich für diese Ausbildung zu zahlen hätten und vielfach nicht einmal kostenlose Fortbildungsangebote entsprechend angenommen werden. Da keine Verpflichtung zur Absolvierung dieser Ausbildung bestünde, wäre kaum damit zu rechnen, daß viele Pflichtschullehrer diese Ausbildung annehmen. Das Argument greift daher nicht.

2. "Auch die Verbesserung der Qualifikation der Austauschlektoren ist wünschenswert,

doch ist dies im Rahmen eines Hochschullehrganges eher zu erreichen als mit Hilfe eines starren Aufbaustudiums."

2a) Bedauerlicherweise werden keine genaueren Gründe angeführt, die diese Behauptung untermauern. Die Gesamtstudienkommission teilt diese Meinung nicht. Denn weder ist ein Aufbaustudium "starr" - das läßt sich leicht durch Wahlfächer und eine entsprechende innere Differenzierung im zweiten Teil des Studiums (3. Semester) lösen -, noch ist einzusehen, warum ein fundiertes Lehrveranstaltungsangebot, das auf einer Studienordnung basiert, gegenüber einem, das eher von wechselnden Umständen abhängt, schlechter sein sollte.

2b) Die Gesamtstudienkommission begrüßt, daß sich das BM. f. Wissenschaft und Forschung hinsichtlich der Lektorenausbildung der Meinung der Kommission anschließt.

3. "Die angestellte Berechnung über die von den Teilnehmern zu entrichtenden Unterrichtsgelder können jedoch nicht als realistisch angesehen werden, da ein Großteil des vorhandenen Lehrangebotes in dem in Frage kommenden Bereich für "Deutsch als Fremdsprache" bereits jetzt von Universitätslehrern im Rahmen ihrer venia bzw. auf Grund von Lehraufträgen wahrgenommen wird."

Die Gesamtstudienkommission weist diese Behauptung aus mehreren Gründen aufs Entschiedenste zurück.

3a) Die Berechnung der Unterrichtsgelder ist realistisch, da sie bereits davon ausging, daß die "Eigenleistung" der Germanistikinstitute 144 SWS (= 51%) in vier Semester betragen sollte, vorausgesetzt, die entsprechenden Lehraufträge werden nicht aus dem Kontingent der Institute gestrichen. Trotz dieser Eigenleistung der Institute, würden die Ausbildungskosten pro

Student in vier Semestern mindestens S 42.144,90,- (= S 10.536,20,-/Semester) betragen,¹⁴⁾ wenn man gesamtösterreichisch rund 150 Studenten, die Entlohnung auf der Basis von Lehraufträgen nach lit a) und eine durchschnittliche Stundenzahl von 23 pro Universitätsort zugrundelegt. Dieser Betrag könnte nur dann geringer sein, wenn das Studium entweder von mehr Studenten ergriffen oder der Umfang der Ausbildung reduziert wird.

3b) Wieviele Studenten ein derartiges Studium ergreifen, ist daher wesentlich von der Höhe der Kosten abhängig. Aufgrund der derzeitigen Arbeitsplatzsituation kann davon ausgegangen werden, daß sich für die DaF-Ausbildung besonders höhersemestrige Studenten und vor allem arbeitslose bzw. teilzeitbeschäftigte Junglehrer interessieren werden. Keine dieser Gruppen ist aber in der Lage, die genannte Summe aufzubringen, es sei denn durch einen Kredit. Die Einrichtung des DaF-Studiums wird damit de facto unmöglich, da niemand eine solche Verschuldung auf sich nimmt, wenn er nicht einigermaßen sicher ist, bald eine gut bezahlte Arbeitsmöglichkeit zu finden, um seine Schulden zurückzuzahlen. Bekanntlich besteht derzeit weder das Unterrichtsministerium, noch das Außenministerium darauf, daß eine Ausbildung in Deutsch als Fremdsprache eine notwendige Voraussetzung für die Anstellung als Lehrer von Gastarbeiterkindern oder als Auslandslektor ist. Dem hohen finanziellen Aufwand stünden keine entsprechenden Verwertungsmöglichkeiten gegenüber.

3c) Die DaF-Ausbildung könnte als Hochschullehrgang nur dann kostengünstig oder kostenlos sein, wenn der Gesamtumfang des Studiums reduziert und möglichst viele Lehrveranstaltungen aus dem

¹⁴⁾ Diese Angaben wurden nicht (wie jene unter Pkt 4) aktualisiert, um den Text, der dem WM übermittelt wurde, in seiner Originalform wiederzugeben.

Kontingent der Institute finanziert würden. Aufgrund der laufenden Verminderung der Lehrveranstaltungs-kontingente der Institute durch das BM. f. Wissenschaft und Forschung sind aber auch diese Möglichkeiten begrenzt. Die Unsicherheit, ob das Studium aufgrund der Teilnehmerbeiträge durchgeführt werden kann, würde daher weiter bestehen bleiben.

3d) Eine Reduktion des Ausbildungsausmaßes muß aber aus prinzipiellen Gründen abgelehnt werden, da der vorgeschlagene Rahmen von 19-28 SWS das gerade noch vertretbare Minimum darstellt. In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, daß es in der Bundesrepublik Deutschland Vollstudien (9 Semester) für Deutsch als Fremdsprache gibt und das Ergreifen einer Unterrichtstätigkeit von der Absolvierung einer entsprechenden Ausbildung abhängig gemacht wird.

4. Die Gesamtstudienkommission "Deutsche Philologie" vermerkt es als positiv, daß das BM f. Wissenschaft und Forschung bereit ist, "in begründeten Ausnahmefällen den Hochschullehrgang auch in der Eingangsphase mit Lehraufträgen zu unterstützen.", würde sich aber eine Präzisierung des Lehrauftragsausmaßes und der "begründeten Ausnahmefälle" wünschen.

Im Lichte der obigen Ausführungen muß abschließend hinzugefügt werden, daß die DaF-Lehrerausbildung in Form eines Hochschullehrgangs nur dann eine realistische Verwirklichungschance hat, wenn die Ausbildung so gut wie kostenlos ist, da der überwiegende Teil der Interessenten nicht die entsprechenden Geldmittel hat, um sich eine solche Zusatzausbildung zu finanzieren.

3. Die Rolle des Faches Deutsch als Fremdsprache und der Lehrerausbildung Deutsch als Fremdsprache an den österreichischen Uni- versitäten im Kontext der Außenbeziehungen Österreichs in Wissen- schaftspolitischer, bildungspolitischer und kulturpolitischer Hinsicht sowie aus der Perspektive der Internationalen Migrationsentwicklung gesehen¹⁵⁾

3.0 Allgemeine Vorbemerkungen

Die gegenwärtige Entwicklung der Weltwirtschaft geht eindeutig in Richtung der größeren Vernetzung der nationalen und internationalen Wirtschaftssysteme. Sichtbarstes Zeichen dieser Tendenz ist der Wille der EG-Staaten, bis 1992 einen einheitlichen europäischen Binnenmarkt zu schaffen. Zugleich bemühen sich die osteuropäischen Länder um ein Handelsabkommen mit der EG. Auf den Punkt gebracht, bedeutet das einerseits die Intensivierung der internationalen Beziehungen und die Öffnung der einzelnen Länder.

Diese Entwicklungen haben auch Auswirkungen auf Wissenschaft und Forschung. Besonders im Bereich von Technik und Hochtechnologie wird der Forschungsaufwand immer größer,

15) Dieser Teil der Dokumentation wurde von R. Muhr verfaßt. Er ist mit jenem Text identisch, der den Wissenschaftsprekern der Parlamentsparteien anlässlich der Vorsprache der Delegation der Gesamtstudienkommission im Parlament (7.4.1989) übermittelt wurde. Vgl. dazu Pkt.2, S. 6.

sodaß viele Projekte oft nur mehr in internationaler Kooperation durchgeführt werden können bzw. aufgrund internationaler Abkommen so durchgeführt werden müssen. Insgesamt geht die Tendenz in Richtung Internationalisierung von Forschung und Lehre, was die entsprechende Mobilität von Wissenschaftlern und Flexibilität der Institutionen zur Folge und zur Voraussetzung hat.

Damit man von dieser Entwicklung profitieren kann, ist es notwendig, daß die entsprechende Infrastruktur zur Verfügung steht und dazu gehören vor allem die entsprechenden Ausbildungseinrichtungen im Bereich "Deutsch als Fremdsprache". Denn wenn ein ausländischer Student oder Wissenschaftler nicht die für sein Studium notwendigen Sprachkenntnisse erwerben kann, ist ein sinnvolles und befriedigendes Studium/zufriedenstellende Forschung einfach unmöglich. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit für ein entsprechendes Angebot von Sprachkursen, adäquater Betreuung und die Notwendigkeit für eine Ausbildung von qualifizierten Lehrkräften.

Der hochschulpolitische Stellenwert des Ausländerstudiums und des Faches Deutsch als Fremdsprache muß nicht nur vor dem Hintergrund der ständig zunehmenden Internationalisierung gesehen werden, sondern auch aus der Perspektive, daß ausländische Studierende später führende Positionen in ihren Heimatländern einnehmen, was im übrigen erklärt, warum z.B. die BRD sehr viel Geld für das Studium und die Betreuung ausländischer Studenten ausgibt.

Wenn Ausländer an österreichischen Universitäten studieren und dieses Studium erfolgreich abschließen, sind sie in der Folge ideale Gesprächspartner und Anlaufstellen für Anliegen jenes Landes, mit dem sie wesentliche Teile ihrer wissenschaftlichen Sozialisation

verbinden. Sie sind vor allem auch **die** Kontaktpersonen in Forschungseinrichtungen und Universitäten des Auslands. Darüber hinaus kennen sie Österreich auch aus der Innenperspektive und können in ihren Heimatländern zur Vermittlung eines realistischen Österreichbildes beitragen, was vor allem dann von Relevanz sein kann, wenn Österreich ausschließlich negativ besetzt in der internationalen Presse dargestellt wird. Und schließlich ist auch noch hervorzuheben, daß die Universitäten durch das Wissen und die Kultur(en), die die ausländischen Studenten mitbringen und repräsentieren, **bereichert** werden. Aus diesen Kontakten ergeben sich vielfältige internationale Beziehungen und durch den persönlichen Charakter der Kontaktaufnahme auch langfristige, tragfähige Kooperationen.

Dem steht entgegen, daß die Studienvorbereitung ungenügend und die soziale Integration bereits jetzt unzureichend ist und durch die anstehenden Einsparungen noch schlechter werden. Das führt nicht nur zu langen Studienzeiten und hohen Abbruchraten, sondern auch und vor allem zu Entfremdung, **Isolierung und negativen Besetzung des Studenerlebnisses.**¹⁶⁾ Das wiederum hat zur Folge, daß ausländische Studenten aufgrund ihrer (oft überwiegend negativen Erfahrungen) nach dem Studium mit der österreichischen Universität nichts mehr zu tun haben wollen und so als Gesprächspartner und Kontaktperson verloren gehen, sofern sie hier überhaupt ein Studium ergriffen haben.

Daraus leitet sich die Forderung nach Erhalt und Ausbau des Ausländerstudiums und der dazu notwendigen Einrichtungen (einschließlich der Lehrerbildung Deutsch als Fremdsprache)

16) Die Studiendauer ausländischer Studierender in Österreich ist in der Regel doppelt so lang wie die ihrer österreichischen Kollegen. Vgl. dazu die Studie des ÖIBF (1985/1986) und den Hochschulbericht 1987.

an den österreichischen Univer-
sitäten ab.

Im krassen Gegensatz zu diesen Fakten, scheint es die erklärte Politik des Wissenschaftsministeriums zu sein, das Ausländerstudium in Österreich faktisch unmöglich zu machen bzw. nur mehr "erwünschten" Ausländern mit sämtlichen Vorkenntnissen zu ermöglichen. Die Vorstellungen des Wissenschaftsministeriums scheinen derzeit auch dahin zu gehen, daß zwar Österreicher im Ausland studieren sollen, aber keine Ausländer in Österreich, weil das zu teuer käme. Zumindest lassen die derzeitigen Entwicklungen diesen Schluß zu.

Die Entwicklungen in Osteuropa und in anderen Teilen der Erde führen dazu, daß die Migration International und In Euro a zunimmt. Dies ist bereits jetzt an der großen Zahl von Asylsuchenden in Österreich erkennbar. Zugleich nimmt die Bereitschaft der großen Aufnahmeländer (USA, Kanada, Australien etc.), weiterhin eine größere Zahl von Asylanten die Einwanderung zu gewähren, ab. Daraus ergibt sich, daß mit ständiger Einwanderung nicht-deutschsprachiger Migranten zu rechnen ist, woraus sich wiederum die Notwendigkeit zu Integrations- und Schulungsmaßnahmen ergibt. Diese Anforderungen kommen zu jenen hinzu, die sich aus der immer größer werdenden Zahl der sog. "Gastarbeiterkinder" ergibt. Die österreichischen Pflichtschulen sind derzeit in keiner Weise auf diese Anforderungen entsprechend vorbereitet, da es auch für die Lehrer im Pflichtschulbereich keine entsprechende Ausbildung zum Unterrichten von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache gib.

Die Lehrerausbildung
Deutsch als Fremdsprache ist daher
der notwendige
Kristallisationspunkt für die
planvolle und strukturierte
Bewältigung der unter Pkt. 2
aufgezeigten Probleme.

Die Gründe für die Ein- richtung einer Lehrerausbildung Deutsch als Fremd- sprache im einzelnen

3.1 Warum eine eigene Ausbildung?

1. Das Unterrichten von Kindern oder Erwachsenen, die nicht Deutsch als Muttersprache haben, erfordert spezielle Kenntnisse, da es sich dabei um einen Fremdsprachenunterricht handelt. Das herkömmliche Germanistikstudium vermittelt diese Kenntnisse nicht bzw. bereitet nur im sprachwissenschaftlichen Teil darauf vor. Es genügt nicht, Deutsch zu können, man muß auch wissen, wie man es an jemanden vermittelt, der kein einziges Wort dieser Sprache versteht.

2. Ein solches Studium ist die Vorbereitung auf das Unterrichten einer Fremdsprache. Damit die Vermittlung dieser Fremdsprache unter den jeweiligen Lernbedingungen möglichst effektiv verläuft, ist begleitende Forschung notwendig. Diese Forschung kann nur dann erfolgen, wenn es Personen gibt, die sich mit der Lehre und Forschung von Deutsch als Fremdsprache hauptberuflich beschäftigen können. Dazu ist wiederum die entsprechende Institutionalisierung in Form von ständigen Ausbildungseinrichtungen Voraussetzung. Die derzeit vorhandene Etablierung eines Studienschwerpunkts im Rahmen des Diplomstudiums (I) an einer Universität ist kein adäquater Ersatz für die angestrebte Ausbildung.

3.2 Bildungspolitische Gründe 1:

Die zunehmende Zahl der sog. Gastarbeiterkinder an den österreichischen Schulen und das Fehlen einer entsprechenden Ausbildung der Pflichtschullehrer

In Österreich gibt es derzeit keine entsprechende Ausbildung für Pflichtschullehrer, die diese befähigen würde, die Kinder von Arbeitsimmigranten und Asylanten zu unterrichten. Zwar wird an den Pädagogischen Akademien das **Freifach** "Ausländerpädagogik" im Ausmaß von **12** Semesterwochenstunden angeboten, doch ist dies ganz einfach zu wenig und darüber hinaus kein integraler Bestandteil der Ausbildung. Dennoch unterrichten allein in Wien **160** sog. Begleitlehrer an Pflichtschulen ohne entsprechende Ausbildung! Diesem Mangel an Ausbildung (und Fortbildung bereits unterrichtender Lehrer) steht die Tatsache gegenüber, daß es in Wien keine einzige Schule ohne fremdsprachige Schüler gibt und der durchschnittliche Anteil ausländischer Kinder an den Pflichtschulen Wiens 19,6% beträgt. Der niedrigste Durchschnittswert pro Bezirk liegt bei 2,44% und der höchste bei 40,18%. An manchen Schulen im 5. und 6. Wiener Gemeindebezirk sind bis zu 70% der Schüler Kinder von Arbeitsimmigranten, sodaß man von einem ernsthaften Problem sprechen kann.

Ziemlich "dramatisch" ist die Situation auch in Salzburg und Vorarlberg, wo ebenfalls sehr hohe Durchschnittswerte erreicht werden. Diese Situation wird sicherlich durch die steigende Zahl von Asylwerbern noch verschärft werden.

Zum Vergleich: In der BRD gibt es an 15 Universitäten oder Pädagogischen Hochschulen Ausbildungseinrichtungen für "Ausländerpädagogik".

3.3 Kulturpolitische Gründe:

Die fehlende Vorbereitung für österreichische Auslandslektoren, Sprachassistenten und österreichische Auslandslehrer/Fehlende bzw. mangelnde Präsenz Österreichs in der Welt

a) Österreich entsendet zur Zeit **75 LektorInnen** (sowie 20-30 "nicht entsandte") an ausländische Universitäten, ca. **90 Lehrer** an österreichischen Auslandsschulen, ca. **180 Sprachassistenten** sowie etwa **10 Austauschlehrer** an Schulen des europäischen Auslands, ohne daß **diesen eine entsprechende Vorbereitung und Ausbildung für ihre Tätigkeit als Fremdsprachenlehrer zuteil wurde. Ihre Qualifikation ist daher höchst unterschiedlich und vielfach nicht ausreichend.**

Bedauerlich ist in diesem Zusammenhang vor allem, daß die Etablierung der Lehrerausbildung Deutsch als Fremdsprache nicht erfolgt ist und die bisher geleisteten Vorarbeiten der Lektorenaus- und -fortbildung seit 1987 aufgrund bürokratischer "Umstrukturierungen" neuerlich überhaupt in Frage gestellt wurden. Die derzeitige Entsendungspraxis, die glaubt, auf die ohnehin knapp bemessenen "Lektorantagen" verzichten zu können, entspricht daher keinesfalls den vergleichbaren europäischen Usancen.

Dieser Mangel hat dazu geführt, daß viele Länder sich überhaupt weigern, österreichische Lektoren aufzunehmen bzw. dies nur sehr ungern tun und diese dann oft nur für "Nebentätigkeiten" wie Konversationsunterricht einsetzen. Dies trifft nicht nur auf den Bereich der sprachdidaktischen Qualifikationen zu, wo österreichische Lektoren aufgrund der unvergleichlichen universitären Verankerungen von DaF in der BRD und in der DDR ohnehin nicht mithalten können. Das ist auf die Dauer nicht nur peinlich, sondern nützt Österreich nicht. Wenn das österreichische Deutsch deshalb in vielen Ländern bzw. an manchen Universitäten des

Auslands als minderere oder gar zu meidender Dialekt eingestuft wird, so muß das wohl auch als Folge der ministeriellen Universitätspolitik in diesem Bereich gesehen werden. Deutsch lernen wird immer mit "Deutschland" gleichgesetzt.

Aber auch der Bereich der export- und importgeträchtigen Literatur- und Kulturvermittlung ist davon betroffen, wenn die österreichischen Lektoren dem vorhandenen Interesse (z.B. in den romanischen Ländern) nicht entsprechen können.

Es ist ja allgemein bekannt und nirgendwo bestritten, daß die Auslandslektoren, Auslandslehrer und Sprachassistenten wichtige Multiplikatoren für die Vermittlung eines zeitgemäßen Österreichbildes im Ausland sind. Allerdings darf die Qualifikation der Lektoren/Sprachassistenten/Auslandslehrer nicht dem Zufall persönlicher Neigungen und dem jeweiligen Engagement überlassen bleiben. So sehr diese in Einzelfällen manchmal den Mangel universitärer Ausbildung zu kompensieren vermögen, können einzelne negative Rückmeldungen oft jahrelange Bemühungen zerstören und dürfen nicht zur Leitlinie österreichischer Auslandskulturpolitik werden. Den österreichischen Lektoren, Auslandslehrern und Sprachassistenten fehlt nicht nur die entsprechende Ausbildung und Vorbereitung auf die Auslandstätigkeit, sondern auch das entsprechende Unterrichtsmaterial, sodaß sie oft gezwungen sind, ihre deutschen Kollegen um Unterstützung zu bitten.

Ursache für diese unhaltbare Situation ist einerseits die fehlende Infrastruktur an den Germanistik-Instituten in Form einer DaF-Lehrerausbildung, da diese die organisatorische Voraussetzung zur Erstellung von Unterrichtsmaterialien und zur kontinuierlichen Arbeit auf dem Fachgebiet ist, andererseits aber auch die aufgekündigte Förderung einschlägiger Ansätze und Ausbildungsprogramme im Bereich der Sprach-

assistenten sowie bei den Lektoren, wie diese von mehreren Universitäten und den Germanistik-Instituten insgesamt vorgelegt worden sind. Sie wurden bisher vom Wissenschaftsministerium verhindert.

Erst das Vorhandensein einer Lehrerausbildung schafft die notwendigen organisatorischen und personellen Voraussetzungen für die Entwicklung von Lehrmaterialien und die Infrastruktur zur Betreuung und Information der Lektoren und Lehrer an den Schulen.

Zum Vergleich: Die BRD entsendet ca. 400 Lektoren und gibt dafür etwa 30 Mio. Mark pro Jahr aus. Ausbildungseinrichtungen für Lektoren und DaF-Lehrer gibt es an 17 Universitäten.

b) Österreich verfügt über keine dem Goethe-Institut der BRD oder dem Herder-Institut der DDR vergleichbare Einrichtung, die sich um die Vermittlung des Deutschen im Ausland bzw. das Anknüpfen von Kontakten mit den Studierenden an Universitäten des Auslands bzw. ausländischen Deutschlehrern und wichtigen Funktionsträgern in den Schulsystemen kümmert. Vor allem Deutschlehrer sind eine sichere und ständige Quelle positiver besetzter Information über ein Land. Ein entsprechender Versuch in Graz, mittels eines Fortbildungskurses solche Kontakte herzustellen, wurde 1988 (wie weiter oben bereits ausgeführt) vom Wissenschaftsministerium, trotz bereits bewilligter Mittel seitens des Außenministeriums, verhindert.

Die BRD gibt allein für das Goethe-Institut pro Jahr 50 Mio. DM aus (für das Herder-Institut der DDR sind keine Zahlen bekannt) und hat mit Inter Nationes eine eigene Einrichtung, die Lehrmaterialien herstellt. Darüber hinaus werden große Anstrengungen für die Fortbildung der Deutschlehrer in aller Welt unternommen, was gemessen an der Dauerhaftigkeit der damit erzielten Wirkung, eine sehr effektive Methode

der Förderung der Auslandsbeziehungen ist.

3.4 Wissenschaftspolitische Gründe: Auslandskontakte der österreichischen Universitäten und Unterstützung des Ausländerstudiums an den Universitäten:

In Ergänzung zu den Ausführungen unter Pkt 2. sei noch hinzugefügt, daß die notwendige Studienvorbereitung nichtdeutschsprachiger ausländischer Studenten in ihrer Gesamtheit gefährdet erscheint, was angesichts der Beitrittsbemühungen Österreichs zur EG besonders absurd ist, da die Teilnahme am Binnenmarkt die Öffnung der Universitäten und sicherlich auch einen größeren Zustrom an nichtdeutschsprachigen Studenten zur Folge hat. Die dazu notwendigen Einrichtungen gerade zu diesem Zeitpunkt abzuschaffen, scheint eine besondere Kurzsichtigkeit der Verwaltung zu sein.

Darüber hinaus ist die Studienvorbereitung bereits jetzt **unzureichend**. Das entsprechende Lehrpersonal besteht ausschließlich aus Autodidakten und die organisatorischen Umstände der Ausbildung entsprechen nicht einmal annähernd dem international üblichen Standard. Das bewirkt, daß **die Studierendauer ausländischer Studenten doppelt so lang ist, wie jene ihrer österreichischen Kollegen - bei einer etwa doppelt so hohen Abbruchrate**. Die Folgekosten sind nicht nur besetzte Ausbildungsplätze in Österreich, sondern auch fehlende Fachleute in den Entsenderländern und aufgrund der Mühen des Studiums eine negative Einstellung gegenüber Österreich, wodurch wichtige Ansprechpartner in den Führungsschichten dieser Länder verloren gehen. Hinzu kommt, daß diesen Verhältnissen, die äußerst durchorganisierten Studienbedingungen der BRD und DDR entgegenstehen, was bewirkt, daß **Österreich von ausländischen Studenten nur als letzte Wahl angenommen wird. Österreich verliert**

auf diese Weise wichtige Auslandskontakte und hat damit nachweisbaren Schaden in ökonomischer und wissenschaftlicher Hinsicht.

3.5 Wirtschaftspolitische Gründe 1: Herstellen von Auslandskontakten und Sammeln des notwendigen Wissens über die Verhältnisse in anderen Ländern und Kulturen:

Die Notwendigkeit von Auslandskontakten wurde bereits mehrfach angesprochen. Dies gilt auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Aufgrund der Forschung in den Wirtschaftswissenschaften zeigt sich, daß die Auslandskooperation nur dann erfolgreich ist, wenn auf die Verhältnisse im jeweiligen Land eingegangen wird und umfassendes Wissen über die dortigen Verhältnisse vorhanden ist. Dabei hat sich gezeigt, daß es eine große Zahl von interkulturellen Unterschieden gibt, die sich auf das Gelingen der Wirtschaftskooperation entscheidend auswirken.¹⁷⁾

In allen größeren Ländern wird daher entsprechendes Wissen von Auslandslektoren, Außenhandelsvertretern, Diplomaten etc. gesammelt. In diesem Zusammenhang sei angemerkt, daß man in der BRD (Hildesheim) systematische Auswertung und Speicherung aller Informationen von Lektoren und Auslandsvertretern betreibt, die es möglich macht, daß sich die Entsandten genau auf die lokalen Verhältnisse bezüglich Verhaltensweisen, Kulturnormen, Kontaktpersonen vorbereiten können und so schlimme Verhaltensfehler vermeiden können.¹⁸⁾ In Österreich werden nicht

17) Indiz dieser Entwicklung ist u.a. die steigende Anzahl von einschlägigen Fachveranstaltungen zur (internationalen) Wirtschaftskommunikation (z.B. Bayreuth, Juli 1989) sowie das am 24.5.89 beschlossene Programm COMMET der EG für die Intensivierung der Sprachausbildung der Studenten an den Universitäten der EG-Länder.

18) Vgl. dazu Beneke/ Nothnagel in Bungarten (1988): Sprache und Information. Attikon Verlag: Tostedt (BRD).

einmal die regelmäßigen Berichte der Lektoren ausgewertet und genutzt.

Um dies zu ändern, bedarf es der entsprechenden organisatorischen Infrastruktur bzw. des entsprechenden Problembewußtseins.

3.6 Wirtschaftspolitische Gründe 2: Zunahme der Fachkommunikation und Zunahme des Bedarfs für Sprachkurse/ Fachsprachenkurse:

In Österreich hat man bisher nicht wahrgenommen, daß sich der Markt für Sprachkurse ständig vergrößert, da Sprachkenntnisse durch die Vernetzung der Weltwirtschaft ganz einfach immer wichtiger werden. Das gilt ganz besonders für Spezialkurse im Bereich der Fachsprachen, die zielgruppengerecht und themengerecht aufbereitet sind. Ein solches Angebot läßt sich jedoch nicht ohne entsprechend ausgebildete Lehrkräfte verwirklichen.

3.7 Bildungspolitische Gründe 2: Fehlende Anstellungsmöglichkeiten für Lehrer:

Allgemein bekannt ist, daß die Anstellungsmöglichkeiten für Junglehrer sehr schlecht sind. Für Deutschlehrer liegen die Wartezeiten derzeit je nach Bundesland zwischen 5 und 8 Jahren. Wenn man nicht will, daß die Germanistik in Österreich überhaupt überflüssig wird, muß man u.a. dafür sorgen, daß den derzeit in Ausbildung befindlichen Studenten neue Berufsmöglichkeiten angeboten werden, die auch den Anforderungen des Arbeitsmarktes entsprechen. Damit werden Ausbildungseinrichtungen nicht nur erhalten, sondern ein vorhandener Bedarf an neuen Qualifikationen abgedeckt.

3.8 Gesamtüberblick über den zu erwartenden Bedarf¹⁹⁾

Hauptschullehrer: Es unterrichten derzeit ca. 200-300 Lehrer im gesamten Bundesgebiet. Bedarf steigend. Sie haben keine Ausbildung.

Lektoren: Derzeit 75. Davon wird pro Jahr ca. die Hälfte der Stellen frei.

Sprachassistenten: Derzeit 171. Die Aufenthaltsdauer ist auf 1 Jahr beschränkt.

Auslandslehrer: Derzeit 90. Anzahl der freiwerdenden Stellen pro Jahr ca. 10-20

Austauschlehrer: Derzeit 10.

**Lehrer an Vorstudienlehrgängen
und vorstudienlehrgangs-
ähnlichen Einrichtungen:**
Derzeit ca. 60.

**Lehrer an Erwachsenenbildungs-
einrichtungen:** Zahl unbekannt. Bedarf jedoch laufend vorhanden und durch Fortbildungskurse für Gastarbeiter im Rahmen der Arbeitsmarktverwaltung steigend. Geschätzter Bedarf ca. 20-30.

Lehrer an Privatschulen: Zahl unbekannt. Durch ständige Neugründungen von Schulen steigender Bedarf. Geschätzter Bedarf: Ca. 30.

**Lehrer an Sommerkursen ver-
schiedener Universitäten:**
Genauere Zahl unbekannt, jedoch ca. 300-400. (Allein der Kurs in Graz beschäftigt während der drei Sommermonate ca. 90 Lehrer!).

Geschätzter Gesamtbedarf: Derzeit ca. 600-700 Auszubildende.

¹⁹⁾ Alle Zahlen zu Lektoren, Sprachassistenten, Auslandslehrer und Austauschlehrer zitiert nach: Außenpolitischer Bericht 1988. Manz Verlag, Wien:1989. S. 308ff.

4. Wieviel kostet diese Ausbildung?

Berechnung der Kosten für die Einrichtung eines Aufbaustudiums "Deutsch als Fremdsprache-Lehrerausbildung"²⁰⁾

1. Vorbemerkung

Die Beschlüsse der Gesamtstudienkommission "Deutsche Philologie" sehen einen Stundenrahmen von 18-28 SWS in 4 Semestern und die Einrichtung dieses Studiums an ALLEN österreichischen Germanistikinstituten vor.

Die folgende Berechnung geht davon aus, daß das in Frage stehende Studium an allen 5 Instituten mit der maximalen Stundenzahl von 28 SWS in 4 Semestern eingerichtet wird. Es handelt sich also um eine Maximalberechnung der Kosten, die insofern sinnvoll erscheint, als damit der obere, zu erwartende Kostenrahmen skizziert wird, der in der Praxis sicherlich nicht erreicht wird, da nicht alle Institute den gesamten, von der Studienordnung vorgesehenen Stundenrahmen (=140 SWS Maximum), ausschöpfen werden. Es ist daher eher zu erwarten, daß die in der Folge skizzierten Kosten

unterschritten, sicher aber nicht überschritten werden.²¹⁾

Zur Zeit ist nicht vorauszusehen, wieviele Lehrveranstaltungsstunden sich aufgrund der Studienpläne an den einzelnen Universitäten tatsächlich ergeben, da aufgrund der Studienordnung pro Universität ein Spielraum von 10 SWS in 4 Semestern möglich ist, sodaß sich daraus eine Gesamtstundenzahl von 90 - 140 zu beantragenden SWS ergibt, je nachdem, wieviele Lehrveranstaltungen (LV) von den einzelnen Instituten im Studienplan verankert werden.

2. Berechnung der Ausbildungskosten

a) Vorläufige Gesamtkosten der Lehrveranstaltungen:

28 SWS LV lit. a) an 5 Universitäten = 140 SWS in vier Semestern (bei maximaler Ausschöpfung des im Studienordnungsentwurf vorgesehenen Stundenrahmens);

•	á S 2.875,32 x 140SWS x 7-maliger	•
•	Auszahlung: ²²⁾	•
•	(1988: S 2.580,30 x 140SWS x 7:)	•
•		•
•		•
•		•

21) Dies ist auch durch den Umstand bedingt, daß keiner der Lektoren mehr als 4 SWS lit. a)-Lehraufträge (= solche, die Forschung zur Grundlage der Vermittlung des Wissens haben) durchführen darf und mittlerweile auch die Zahl der zu haltenden lit. b)-Lehraufträge beschränkt wurde, die aber hier ohnehin nicht in Frage kommen.

22) Beträge lt. Auskunft der Quästur der Univ. Graz. Stand: April 1989. Die genannte Summe setzt sich zusammen aus dem auszuzahlenden Betrag von S 2.318,79 (1988:2.059,30) und dem Arbeitgeberanteil von S 556,51 (1988: S 521,-). Der Berechnung wurden jene Summen zugrundegelegt, die anfallen würden, wenn alle LV auf der Basis der Einkommensteuerpflicht ausbezahlt würden. Diese Summe ist geringfügig höher als jene, die bei lohnsteuerpflichtigen Lehraufträgen anfällt. Die siebenmalige Auszahlung ergibt sich aus dem 13- und 14. Monatsgehalt.

20) Erstellt von R. Muhr im Auftrag der Gesamtstudienkommission "Deutsche Philologie". Diese Berechnung wurde dem Wissenschaftsministerium im Frühjahr 1988 übermittelt, nachdem mitgeteilt worden war, daß die Gesamtkosten der geplanten Ausbildung für das Wissenschaftsministerium zu hoch seien bzw. Hochschullehrgänge eingerichtet werden sollten, deren Kosten die Studenten zu tragen hätten. Sie wurde im Mai 1989 auf den letzten Stand gebracht, da sich mittlerweile einige Zahlen (z.B. die Remuneration der Lehraufträge) stark geändert hatten. Die jeweils aktuellen Berechnungen vom Mai 1989 stehen als erste, jene vom April 1988 sind in Klammern beigefügt.

Vorläufige Gesamtkosten:**S 2.817.821,40**

(1988 S 2.528.694,-)

Zu dieser Stundenzahl sind noch jene Lehrveranstaltungsstunden hinzuzurechnen, die sich daraus ergeben, daß das Studium normalerweise mit jedem Winter- bzw. Sommersemester begonnen werden kann. Damit der Ausbildungsaufwand nicht zu groß wird, wäre es sinnvoll, **das Studium jeweils nur mit dem Wintersemester beginnen zu lassen.** Es befinden sich daher immer mehrere Jahrgänge in der Ausbildung. Für die folgende Kostenberechnung werden somit jene Semester herangezogen, in denen das Studium bereits voll im Gang ist, was dann der Fall ist, wenn sich jeweils zwei Jahrgänge in der Ausbildung befinden. Es werden daher anschließend der **Lehrveranstaltungs-aufwand des 2. und 3. Studienjahres den Berechnungen zugrunde gelegt.**

Unter diesen Voraussetzungen ergibt sich folgender Lehrveranstaltungs-aufwand:

1. Studienjahr (bleibt hier unberücksichtigt):

1. Semester:.... ca. 7 SWS/Univ.
2. Semester:.... ca. 7 SWS/Univ.

2. Studienjahr:

1. Semester neu:.. ca. 7 SWS/Univ.
2. Semester:neu .. ca. 7 SWS
- +3. Semester 1.J. ca. 7 SWS/Univ.
- +4. Semester 1.J. ca. 7 SWS/Univ.

3. Studienjahr:

1. Semester neu:....ca. 7 SWS/Univ.
2. Semester:neu... ca. 7 SWS
- +3. Semester: 2.J.ca. 7 SWS/Univ.
- +4. Semester: 2.J.ca. 7 SWS/Univ.

Gesamtaufwand an Lehrveranstaltungen für das voll laufende Studium: ca. 56 SWS pro Universität in 4 Semestern =280 SWS für alle 5 Universitäten.

Dies ergibt die folgenden vorläufigen Gesamtkosten bei vollem Studienbetrieb: 280 SWS x S 2.875,30 x 7 =.....S 5.635.588,00 bzw. S 1.408.897,00/Semester. (1988: 5.057.388,- bzw. 1.264.347,- /Semester)

b) Eigenleistungen der einzelnen Institute

Die oben genannte Summe ist insofern eine vorläufige Zahl, als es möglich sein wird, verschiedene Lehrveranstaltungen in Kooperation mit anderen Instituten durchzuführen bzw. schon vorhandene LV auch für die neue Ausbildung zu nutzen, sodaß die aus der Einrichtung der neuen Ausbildung entstehenden Kosten nur zu einem geringen Teil tatsächlich anfallen.

Darüber hinaus ist aufgrund der sinkenden Studentenzahlen davon auszugehen, daß einzelne Lehrveranstaltungen des bisherigen Diplom- oder Lehramtstudiums "Deutsche Philologie" umgewidmet werden können, d.h. aus dem schon bisher vorhandenen Kontingent bestritten werden können, ohne daß deshalb die Qualität der Ausbildung "Deutsche Philologie" darunter leidet, da es sich vielfach um die Verminderung von Parallellehrveranstaltungen handeln wird.

Es wird in dieser Berechnung daher davon ausgegangen, daß **ledes der fünf Germanistikinstitute pro Semester mindestens 6 SWS LV aus dem bereits vorhandenen Kontingent bzw. aus der Kooperation mit anderen Instituten aufbringt.**²³⁾ Das Institut für Germanistik der Universität Graz hat darüber hinaus bereits jetzt die

²³⁾ Die Berechnung berücksichtigt damit vor allem die anfallenden zusätzlichen Kosten, die durch die Einrichtung des Studiums entstehen.

Gesamtzahl der für die Ausbildung notwendige Anzahl von LV aus dem eigenen Kontingent zur Verfügung gestellt, was die zu bewilligenden LV um insgesamt 28 SWS in vier Semester verringert. Daraus ergibt sich folgender tatsächlicher Lehrveranstaltungsaufwand:

NOTWENDIGER GESAMTAUFWAND IN 4 - SEMESTERN.....280 SWS
REDUZIERT UM EIGENLEISTUNG GRAZ.....28 SWS; REDUZIERT UM EIGENLEISTUNG DER ANDEREN INSTITUTE.96 SWS;
GESAMTEIGENLEISTUNG DER INSTITUTE.....124 SWS
GESAMTZAHL DER NEU ZU BEWILLIGENDEN LV IN 4 SEM.: 156 SWS = 39 SWS PRO SEMESTER
BZW. 20 NEUE LV ZU A 2 SWS PRO SEMESTER UND GESAMTÖSTERREICH

**c) Tatsächlich neu anfallende
Gesamtkosten der beantragten
Ausbildung:**

Der Berechnung für die neu anfallenden Kosten der Ausbildung sind daher nicht 280 SWS in vier Semestern zugrunde zu legen, sondern nur 156 SWS.

<u>Die tatsächlich neu anfallenden Ausbildungskosten sind somit:</u>
156 SWS á S 2.875,32 BEI 7- MALIGER AUSZAHLUNG =..\$ 3.139.849,44 BZW. PRO SEMESTER: S 784.962,36
<u>(1988: 2.817.687,60 BZW. 704.421,90)</u>

**d) Zu erwartender
Ausbildungsbeitrag pro Student**

Unter der Voraussetzung, daß diese Ausbildung als Hochschullehrgang eingerichtet würde, wären jedoch nicht nur die neu zu bewilligenden LV, sondern die Gesamtkosten der Ausbildung auf die Teilnehmer zu überwälzen. Bei einer angenommenen Gesamtzahl von 30 Studierenden pro Universität am jeweiligen Lehrgang ergäbe das pro Studienjahr $30 \times 5 = 150$ Studierende, die die Gesamtkosten von ÖS 5.635.588,00 zu tragen hätten. Das ergäbe pro Studierenden die Summe von ÖS 37.570,60 (1988: 33.715,90) reiner Kosten für die Lehrveranstaltungen in vier Semestern. Zu dieser Summe müßten noch mindestens ein Viertel dieses Betrages für Prüfungsgebühren und Verwaltungskosten hinzugerechnet werden, da diese ja ebenfalls von den Studierenden zu bestreiten wären.²⁴⁾

Das ergibt dann folgenden Gesamtstudienbeitrag:
Reine Ausbildungskosten: ÖS 37.570,60
Verwaltungs- und sonstige Kosten.....ÖS 9.392,65
Gesamtkosten pro Studierendem in vier Sem..... S.46.963,25
Ausbildungskosten pro Studierenden und Semester:....S 11.740,81
(1988: 42.144,90 bzw. 10.536,20)

Dies würde einen Kursbeitrag von ÖS 11.740,81 pro Kursteilnehmer und Semester bedeuten, wobei dieser Betrag nur dann zu halten wäre, wenn auch wirklich in ganz Österreich 150 Studierende zustandekommen würden. Geht man nun im günstigsten Fall davon aus, daß die aus dem Lehrverange in Rechnung zu stellen wären, stellungskontingent der Institute

24) Auskunft laut Oaäetur Graz

finanzierten Lehraufträge nicht von den Studenten zu bezahlen und nur die neu anfallenden Lehraufträge in Rechnung zu stellen wären, ergäbe das die folgenden Ausbildungskosten pro Student und Semester:

Neu anfallende Kosten:
S 3.139.849,44
+ 25% Verwaltungs- und sonstige Kosten S.. 784.962,36
Gesamtkosten.. S.3.924.811,80
Ausbildungsbeitrag pro Student und Semester: =
S 6.541,35
(3.924.811,80:150 Studenten:4 Semester)
(1988: S 5.870,20)

Damit ist unter den angegebenen Umständen aus zwei Gründen nicht zu rechnen:

Die Kosten dieser Ausbildung sind zu hoch, besonders wenn Variante 1 (volle Kosten) angewendet wird. Sie kommen vor allem für Arbeitslose bzw. gerade im Stadium des Studienabschlusses befindliche Studierende aus finanziellen Gründen überhaupt nicht in Frage, da die eine Gruppe ohnehin (wenn überhaupt) nur eine monatliche Arbeitslosenunterstützung von ÖS 5.466,-²⁵⁾ bezieht und die andere Gruppe während des Studienabschlusses in der Regel nicht in der Lage ist, sich dieses Geld durch Sommerarbeit zu verdienen.

Das Studium würde daher gerade von jenen beiden Gruppen, für die es primär von Nutzen und Interesse ist, aus finanziellen Gründen nicht ergriffen werden können. Seine Einrichtung würde damit überhaupt in Frage gestellt; bzw. darüber hinaus wiederum nur jenen geholfen, die ohnehin bereits begünstigt wären.

25) Angaben laut Auskunft des Arbeitsamtes

4. Kostenreduktionen aufgrund verminderter Arbeitslosigkeit von Deutschlehrern

Zur Zeit gibt es in Österreich laut Auskunft der Landesschulräte bereits 1.100 (gemeldete) arbeitslose Deutschlehrer im AHS und BHS Bereich.²⁶⁾ Die Zahl der teilzeitbeschäftigten bzw. von der Notstandshilfe lebenden Deutschlehrer ist unbekannt, muß aber noch dreimal so hoch angesetzt werden. Laut Auskunft des Statistischen Zentralamtes betragen die direkten und indirekten Kosten pro arbeitslosem Lehrer ÖS 14.100,-/Monat.²⁷⁾

Die Gesamtkosten der DaF-Lehrerausbildung an neu zu bewilligenden Lehrveranstaltungen von S 784.962,40 sind jedoch nicht höher als die Summe der Kosten, die 9,28 arbeitslose Deutschlehrer in einem halben Jahr ihrer Arbeitslosigkeit verursachen. (28)

Damit sei nicht gesagt, daß jeder der diese Ausbildung macht, auch sofort einen Arbeitsplatz findet, doch ist es notwendig, daß die traditionelle Lehrerausbildung verändert wird, um ein weiteres Anschwellen der Lehrerarbeitslosigkeit zu verhindern. Daraus ergibt sich, daß nur durch die Erweiterung der herkömmlichen Ausbildungszweige der Germanistik eine zukunftsorientierte und arbeitsmarktbezogene

26) Aufgrund eigener Umfrage bei den Landesschulräten im April 1988. Mittlerweile dürfte die Zahl, die sich nur auf die Lehrer im AHS- und BHS-Bereich bezieht, eher noch gestiegen sein.

27) Berechnet sich aus: Gesamtkosten der neu zu bewilligenden Lehrveranstaltungen 784.962,40: 84.400,- (= Gesamtkosten der Arbeitslosenunterstützung + indirekter Kosten von insgesamt S 14.100,-/Monat x 6 = 84.400,-) = 9,28 Personen.

Veränderung der Anstellungssituation ihrer Absolventen zu erwarten ist. Man kann den Universitäten bzw. den Germanisten nicht Untätigkeit angesichts der Arbeitsmarktsituation ihrer Absolventen vorwerfen, doch muß man den Instituten auch die Möglichkeit zur Verwirklichung ihrer Pläne geben.